

REGIERUNGSWECHSEL IM GRÖSSTEN MUSLIMISCHEN LAND

JOKO WIDODO WIRD SIEBTER STAATSPRÄSIDENT INDONESIENS

Jan Woischnik

Nach dem Ende der Suharto-Ära 1998 fanden im nach Bevölkerungszahl viertgrößten Land der Welt am 9. Juli 2014 die dritten direkten Präsidentschaftswahlen statt. Mehr als 190 Millionen Wählerinnen und Wähler waren aufgerufen, über die Nachfolge des scheidenden Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) abzustimmen, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren durfte. In Indonesien ist der Präsident zugleich Regierungschef und Staatsoberhaupt. Am 22. Juli gab die für die Durchführung der Wahlen zuständige Behörde KPU (Wahlkommission) das amtliche Endergebnis bekannt: Joko Widodo („Jokowi“), bisher Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, und sein Vize Jusuf Kalla erhielten 53,15 Prozent der Stimmen. Damit gewannen sie die Wahlen klar und deutlich. Hingegen erzielte das rivalisierende Tandem aus Ex-General Prabowo Subianto und Vize Hatta Rajasa 46,85 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 71 Prozent. Das Ergebnis ist eine Bestätigung der vorangegangenen Parlamentswahlen vom 9. April 2014, die Jokowi Partei, die bisherige Oppositionspartei PDI-P, mit einem Stimmenanteil von 18,95 Prozent gewonnen hatte. Zur Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten waren allerdings mindestens ein Viertel der Stimmen notwendig, sodass auf allen Seiten Koalitionsgespräche geführt werden mussten.

Trotz des klaren Vorsprungs von 6,3 Prozent der Stimmen, was rund 8,4 Millionen Wählern entspricht, hat sich Prabowo bislang geweigert, seine Niederlage anzuerkennen und Jokowi zu gratulieren. Er bat am Wahltag zunächst darum, die Verkündung des Endergebnisses am 22. Juli abzuwarten.



Dr. Jan Woischnik leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indonesien.

Staatspräsident SBY rief parallel dazu beide Lager auf, vor der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses öffentliche Siegesfeiern zu unterlassen. Dieser Bitte kamen beide Seiten nur bedingt nach. Doch auch nach der amtlichen Bestätigung der Resultate sah sich Prabowo nicht in der Lage, dem Wahlsieger zu gratulieren. Unter Berufung auf unseriöse und völlig unbekannte Umfrageinstitute behauptete er vielmehr, er selbst habe die Wahlen gewonnen. Da die KPU „andere“ Zahlen veröffentlicht habe, sei von „Wahlfälschung“ auszugehen und „er trete deshalb vom Wahlprozess zurück“ – was auch immer dies bedeuten mag. Am 25. Juli reichte Prabowo, vertreten durch ein 95 Anwälte umfassendes Team, eine Wahlklage vor dem indonesischen Verfassungsgericht ein, begleitet von mehreren Tausend Seiten Beweismaterial und – zum Teil offenbar manipulierten – Zeugenaussagen.



Joko Widodo, „Jokowi“, der bisherige Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, ist neues Staatsoberhaupt in Indonesien. Er gilt als volksnah und unbestechlich. Besonders bei jungen Wählern ist er sehr beliebt. | Quelle: Øystein Solvang, NHD-INFO, flickr ©@.

Am 21. August verkündete das Verfassungsgericht einstimmig seine rechtskräftige Entscheidung. Damit war Prabowos Klage abgewiesen, pikanterweise auf den Tag genau 16 Jahre, nachdem der Ex-General unehrenhaft aus dem Militär entlassen worden war. Die Stimmung in Jakarta war angespannt und nervös. Viele befürchteten Ausschreitungen und Chaos wie 1998, als das Suharto-Regime von Demokratieaktivisten gestürzt wurde. Schon zu Beginn der Gerichtsverhandlung am 6. August hatten Prabowo-Anhänger

vor dem Gerichtsgebäude demonstriert, Reifen verbrannt und sich gewaltbereit gezeigt. Über einen Anwalt ließ Prabowo verlauten, man könne für eventuelle Übergriffe enttäuschter Prabowo-Anhänger „keine Verantwortung übernehmen“. Irgendwie müssten diese ja Dampf ablassen, und „dürften dies in der Demokratie auch, wo ja alles erlaubt“ sei. Der Vorsitzende des Kreisverbands Jakarta von Prabowos Partei GERINDRA drohte, den Leiter der Wahlkommission zu entführen. Der bekannte Fernsehsender Metro TV, dessen Eigentümer Surya Paloh mit seiner Partei NasDem dem Jokowi-Lager beigetreten war, „gehöre abgefackelt“, hieß es aus Prabowos Umfeld. Gerüchte gingen um, dass auch ausländische bzw. internationale Institutionen wie das renommierte Center for Strategic and International Studies (CSIS) von der aufgebrachten Menge ins Visier genommen werden könnten. Dementsprechend groß war am 21. August das Sicherheitsaufgebot in Jakarta. Die Nationalpolizei war mit 51.000 Mann auf den Straßen vertreten, das Militär stellte zusätzlich 32.000 Soldaten. Prabowo indes forderte seine Anhänger kein einziges Mal zur Mäßigung auf. Angesichts dieses Verhaltens des Wahlverlierers mag man sich nicht ausmalen, welchen Weg die Demokratie in Indonesien gegangen wäre, hätte er die Präsidentschaftswahlen gewonnen.

ZEITENWENDE IN INDONESIA

Angesichts der Bestätigung des Wahlergebnisses durch das Verfassungsgericht wird Jokowi am 20. Oktober 2014 sein Amt aufnehmen. Der neue Präsident, dessen Vier-Parteien-Koalition im Nationalparlament auf Unterstützung anderer Parteien angewiesen sein wird, steht für eine protektionistische Wirtschaftspolitik, Korruptionsbekämpfung, Reformen im Bereich Rechtsstaat und Bürokratie sowie die Forderung nach einer geistig-moralischen Wende. Jokowi's Sieg ist jedoch vor allem als eine Zustimmung zu seiner Person und weniger zu der hinter ihm stehenden Parteienkoalition oder gar deren Programmatik zu werten. Zur Wahl standen zwei völlig unterschiedliche Charaktere: zum einen der als impulsiv und cholerisch geltende sowie der Menschenrechtsverbrechen bezichtigte Ex-Militär Prabowo Subianto, zum anderen der integre und volksnah auftretende Senkrechstarter Jokowi.

Jokowis Sieg ist vor allem als eine Zustimmung zu seiner Person und weniger zu der hinter ihm stehenden Parteienkoalition oder gar deren Programmatik zu werten.

Letzterer hat keine Militärvergangenheit, gehört auch keiner der typischen Politikdynastien an und ist damit gleichsam der Antityp der indonesischen Politik. Deshalb kann durchaus von einer Zeitenwende gesprochen werden: Zum ersten Mal wird ein Mann das Land führen, der nicht der Oligarchie entstammt, sondern sich aus eigener Kraft im Rahmen des demokratischen Systems nach oben gearbeitet hat. Diese Tatsache wird auch in den anderen Ländern der Region Beachtung finden.



Logistische Meisterleistung: Die Parlamentswahlen wurden auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene durchgeführt. Insgesamt traten mehr als 19.000 Kandidaten an. | Quelle: Sarah Tzinieris, flickr ©.

Mit den Wahlen hat Indonesien seine bereits 16 Jahre währende demokratische Erfolgsgeschichte fortgeschrieben, auch wenn der Wahlprozess dank Prabowo etwas holpriger verlief als gewohnt. Auch darüber hinaus ist dieses Mal vieles anders gewesen, zu lange hatte es in Politik und Gesellschaft gebrodelt: Der Sieg Joko Widodos ist mehr als eine turnusgemäße Ablösung des scheidenden Susilo Bambang Yudhoyono, der das regional wie international aufstrebende G20-Land in den letzten zehn Jahren vor allem wirtschaftlich vorangebracht hat. Vielmehr ist der 53-jährige Jokowi und sein Aufstieg Ausdruck des großen Verlangens nach einer rundum erneuerten politischen Kultur fernab von Korruption, Patronage, Nepotismus, Willkür und Machtmissbrauch. Es bleibt abzuwarten, ob sich die mit seinem Sieg

verbundenen Hoffnungen vieler Indonesier auf einen tief greifenden politischen und gesellschaftlichen Wandel sowie die Lösung sozioökonomischer Probleme ihres Landes erfüllen. Jokowi fehlende Machtbasis in Regierungspartei und Nationalparlament, unausgereifte Politikentwürfe und die chronisch ineffiziente Bürokratie stellen die größten Herausforderungen dar.

TREND DER PARLAMENTSWAHLEN BESTÄTIGT

Jokowi als links-liberal und gleichzeitig nationalistisch geltende Partei war bislang in der Opposition und hatte bereits die Parlamentswahlen gewonnen. Im Gegensatz zur vorangegangenen Wahl 2009 konnte sich die Partei von Megawati Sukarnoputri, Tochter des ehemaligen Präsidenten und Staatsgründers Sukarno, um mehr als fünf Prozentpunkte auf 18,95 Prozent steigern und ist damit neue stärkste Kraft im Nationalparlament. Dort finden sich wie in der Vergangenheit traditionell viele Parteien, diesmal schafften zehn von ihnen den Sprung über die 3,5-Prozent-Hürde. Prabowo's Partei, die nationalistische GERINDRA, wurde erst 2008 gegründet und landete im April auf dem dritten Platz. Sie kam auf fast zwölf Prozent der Wählerstimmen und verbesserte damit ihr Ergebnis gegenüber 2009 (4,46 Prozent) um über sieben Prozentpunkte.

Dass die Parlamentswahlen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene ohne nennenswerte Probleme verliefen, darf als Erfolg für die Organisatoren der Wahl und die Wähler gelten. Stimmzettel, Unterlagen und Wahlurnen rechtzeitig in alle Winkel des riesigen Archipels – mehr als 6.000 der 17.000 indonesischen Inseln sind bewohnt – zu befördern war eine logistische Meisterleistung. Dabei fanden gleichzeitig Lokal- und Provinzwahlen statt. Insgesamt wurden in 545.000 Wahlstationen, also 523 Volksvertretungen, auf den unterschiedlichsten Ebenen gewählt. Dafür angetreten waren mehr als 19.000 Kandidaten. Die dafür erforderlichen 750 Millionen Stimmzettel in 2.450 verschiedenen Formaten wurden von mehr als vier Millionen Wahlhelfern betreut.

Insgesamt wurden in 545.000 Wahlstationen 523 Volksvertretungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene gewählt. Dafür angetreten waren mehr als 19.000 Kandidaten.

Tabelle 1

**Ergebnisse der Parlamentswahlen in Indonesien,
1999 bis 2014 (in Prozent)**

		2014	2009	2004	1999
Nationalistischer Block	PDI-P	18,95	14,03	18,53	33,74
	GOLKAR	14,75	14,45	21,58	22,44
	GERINDRA	11,81	4,46	—	—
	PD	10,19	20,85	7,45	—
	NasDem	6,72	—	—	—
	HANURA	5,26	3,77	—	—
Islamischer Block	PKB	9,04	4,94	10,57	12,61
	PAN	7,59	6,01	6,44	7,12
	PKS	6,79	7,88	7,34	1,36
	PPP	6,53	5,32	8,15	10,71

PDI-P	Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan (Kämpferische Demokratische Partei Indonesiens)
GOLKAR	Partai Golongan Karya (Partei funktioneller Gruppen)
GERINDRA	Partai Gerakan Indonesia Raya (Partei der Bewegung Großes Indonesien)
PD	Partai Demokrat
NasDem	Partai Nasional Demokrat
HANURA	Partai Hati Nurani Rakyat (Partei des Volksbewusstseins)
PKB	Partai Kebangkitan Bangsa (Nationale Erweckungspartei)
PAN	Partai Amanat Nasional (Nationale Mandatspartei)
PKS	Partai Keadilan Sejahtera (Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei)
PPP	Partai Persatuan Pembangunan (Vereinigte Entwicklungspartei)

Quellen: Iggried Diwi Wedhaswary, „PDI-P Pemenang Pemilu Legislatif 2014“, 10.05.2014, Kompas, <http://nasional.kompas.com/read/2014/05/10/0014480/PDI-P> [07.10.2014]; General Election Commission, „BAB II. HASIL PEMILU 2009 (DPR-RI)“, http://kpu.go.id/dmdocuments/angka_26_30.pdf [07.10.2014]; People's Representative Council, <http://dpr.go.id/id/tentang-dpr/fraksi> [07.10.2014]; Aris Ananta, Evi Nurvidya Arifin und Leo Suryadinata, *Emerging Democracy in Indonesia*, Institute of Southeast Asian Studies, Singapur, 2005, 14, 22.



Stimmzettel, Unterlagen und Wahlurnen rechtzeitig in den letzten Winkel des riesigen Archipels zu befördern, war eine große Herausforderung. In unwegsamen Gebieten mussten Lasttiere eingesetzt werden, um die Stimmzettel zur Auszählung zu bringen. | Quelle: © Seno, ANTARA.

Abb. 1

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 9. Juli 2014



Quelle: General Election Commission, http://kpu.go.id/koleksigambar/PPWP_-_Nasional_Rekapitulasi_2014_-_New_-_Final_2014_07_22.pdf [08.10.2014].

ANALYSE DES WAHLSIEGS VON JOKO WIDODO

Traditionell spielen Personen in Indonesiens Politik eine weitaus größere Rolle als Parteien oder deren Programmatik. 2004 gewann Susilo Bambang Yudhoyono vor allem deshalb, weil er sich erfolgreich als Saubermann in einer von Korruptionsaffären gezeichneten politischen Klasse darstellen konnte. Mit der Präsidentschaftswahl 2014 erreichte das personenzentrierte Wahlverhalten eine neue Qualität, da mit Jokowi und Prabowo zwei äußerst unterschiedliche Kandidaten zur Auswahl standen.

Jokowis Vorliebe für Heavy-Metal-Musik und rot-blaue Karohemden machten ihn vor allem bei der jüngeren Bevölkerung sehr beliebt.

Gewonnen haben aus indonesischer Perspektive Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Zurückhaltung eines gewöhnlichen Muslims von der Hauptinsel Java. Jokowi's Vorliebe für Heavy-

Metal-Musik und rot-blaue Karohemden machten ihn vor allem bei der jüngeren Bevölkerung sehr beliebt. Seitdem der ehemalige Möbelhändler aus Surakarta 2012 Gouverneur von Jakarta wurde, ging es für ihn steil nach oben, innerhalb weniger Monate stieg er zum Medienliebling der indonesischen Politik auf. Er selbst hatte sich lange Zeit nur vage zu einer möglichen Präsidentschaftskandidatur geäußert und auf die Parteichefin der PDI-P Megawati Sukarnoputri und deren Entscheidungsbefugnis verwiesen. Die Tochter des Staatsgründers Sukarno, die von 2001 bis 2004 selbst Präsidentin war, hatte sich von den hohen Zustimmungswerten Jokowi's in allen Umfragen überzeugen lassen und ernannte diesen kurz vor den Parlamentswahlen zum Spitzenkandidaten ihrer Partei.

Auf der gegnerischen Seite stand Prabowo Subianto, hochrangiger Ex-Militär und einstiger Schwiegersohn des langjährigen Staatschefs Suharto. Prabowo werden im Zusammenhang mit dem Verschwinden von Studenten bei den Unruhen 1998 sowie mit seiner Militärzeit in Ost-Timor Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Am 21. August 1998 wurde er unehrenhaft aus der Armee entlassen. Obwohl seine fragwürdige Vergangenheit im Wahlkampf immer wieder zur Sprache gebracht wurde, tat sie seiner Beliebtheit bei 46 Prozent der Wähler keinen Abbruch. Als ehemaliger General konnte er sich leicht als entscheidungsstarken und durchsetzungsfähigen Führer inszenieren. Faszination übte er auf viele Indonesier auch deshalb aus, weil der bisherige Staatspräsident Yudhoyono in seiner zweiten Amtszeit mit Entscheidungsschwäche und Unentschlossenheit assoziiert wurde. Kritiker werfen ihm vor, dass er zwar die Wirtschaftskraft des Landes – unter seiner Regierung wuchs das BIP um durchschnittlich fünf bis sechs Prozent – vorangebracht, jedoch zentrale politische Reformen und etwa die Durchsetzung gesetzlich garantierter Rechte für religiöse Minderheiten sträflich vernachlässigt habe.

VOR DEM WAHLTAG: FEILSCHEN UM MACHTOPTIONEN, KOALITIONSPARTNER UND DEN POSTEN DES VIZE-PRÄSIDENTEN

Seit 2004 wählt in Indonesien das Volk den Präsidenten und seinen Stellvertreter direkt. Für eine Kandidatur um das höchste Staatsamt muss die entsprechende Partei eines Bewerbers in den vorausgegangenen Par-

lamentwahlen 20 Prozent der Sitze oder 25 Prozent der Wählerstimmen erhalten haben. Das ist im indonesischen Mehrparteiensystem ohne ausgeklügelte Koalitionsbildung eine kaum überwindbare Hürde. Zudem lassen sich die Parteien nur schwerlich in einem Rechts-Links-Schema verorten. Stattdessen sind sie in der Regel entweder national oder religiös ausgerichtet, üblich ist die Unterteilung in einen nationalistischen Block auf der einen und einen islamischen Block auf der anderen Seite, wobei auch hier die Unterschiede immer kleiner werden. Ohnehin weisen die wenigsten Parteien eine klare programmatische Ausrichtung auf oder lassen sich eindeutig einer Ideologie zuordnen. Daher ist die Popularität der Kandidaten wahlentscheidend und weniger sind es die inhaltlichen Positionen der Parteien.

Für eine Kandidatur um das höchste Staatsamt muss die Partei eines Bewerbers in den letzten Parlamentswahlen 20 Prozent der Sitze oder 25 Prozent der Stimmen erhalten haben.

Entsprechend ergebnisoffen wurden die Koalitionsverhandlungen nach dem Ausgang der Parlamentswahlen geführt. Bereits wenige Tage nach diesen verkündete der Medienmogul Surya Paloh, Jokowi's Präsidentschaftskandidatur zu unterstützen. Palohs Partei NasDem konnte einen Stimmenanteil von 6,8 Prozent einfahren. Somit war Jokowi's Nominierung bereits zu diesem frühen Zeitpunkt verfassungsrechtlich abgesichert. In den folgenden Wochen erklärten zudem die gemäßigte islamische PKB sowie HANURA, eine von Ex-Militärchef Wiranto geführte Partei, ihre Unterstützung für Jokowi.

Indonesiens politische Kultur ist traditionell stark von Aushandlungsprozessen und machtpolitisch motivierten Zugeständnissen gekennzeichnet. Umso bemerkenswerter war es, dass weder NasDem noch PKB oder HANURA von Jokowi eine offensichtliche Gegenleistung wie beispielsweise das Amt des Vize-Präsidenten für ihre Unterstützung verlangten. Dieser Posten ging schließlich an Jusuf Kalla. Der

Unternehmer, Politik-Veteran und ehemalige Vorsitzende der Partei GOLKAR genießt im Volk großes Ansehen und hat einst entscheidend zu den erfolgreichen Friedensverhandlungen in der nun semi-autonomen Provinz Aceh im Westen des Landes beigetragen. Er ist Vorsitzender des indonesischen Roten Kreuzes und sozial sehr engagiert. Zudem verfügt er in seiner Heimatprovinz Sulawesi sowie auf Java über beachtlichen politischen Rückhalt. Darüber hinaus hatte er als Vize-Präsident von SBY in dessen erster Amtszeit von 2004 bis 2009 bewiesen, dass er ein durchsetzungsstarker Politstratege ist. Denn obwohl mittlerweile auch die Parteien HANURA und PKB ihre Unterstützung für Jokowi erklärt hatten, war klar, dass die Koalition um Jokowi insgesamt nur 207 von 560 Sitzen und damit lediglich rund 40 Prozent der Abgeordneten im Nationalparlament umfassen würde.



Angesehener Vize-Präsident: Der Unternehmer und Politik-Veteran Jusuf Kalla genießt im Volk großes Ansehen und ist sozial engagiert. Er soll die Unerfahrenheit von Präsident Jokowi auf nationaler Ebene ausgleichen. | Quelle: Sebastian Müller, flickr ©©©.

Für Kalla sprach deshalb auch, dass er in Erwartung eines mehrheitlich oppositionellen Nationalparlaments über die nötigen Verhandlungs- und Überzeugungsqualitäten verfügt, um für die Politik einer möglichen Jokowi-Regierung die entsprechenden Mehrheiten zu schaffen. Genau diese Eigenschaften waren es, die manche innerhalb der PDI-P allerdings an Kallas Eignung als Jokowi's Vize zweifeln ließen. Ob sich ihre Befürchtungen als richtig herausstellen,

er könnte aufgrund seines Erfahrungsschatzes, seines persönlichen Charismas und der parteiübergreifenden Beliebtheit gleichsam zum eigentlichen Präsidenten avancieren, bleibt abzuwarten. Auf den ersten Blick erscheint Kalla als geschickte Wahl, da er die strukturellen Defizite des auf nationaler Ebene unerfahrenen Jokowi kompensieren kann.

Prabowo hingegen hatte bereits Anfang Mai eine Koalition mit den islamischen Parteien PPP, PKS und PAN angekündigt, obwohl er und seine Partei GERINDRA in der Vergangenheit als besonders nationalistisch aufgefallen waren. Im indonesischen Parteienspektrum sind die Grenzen zwischen eher nationalistischen und religiösen Parteien in den letzten Jahren zusehends verschwommen. Hinzu kommt, dass ideologische und programmatische Überzeugungen immer schwächer werden, je näher der Griff nach politischer Macht rückt. Damit sicherten ihm drei der vier Parteien des islamischen Blocks, die bereits unter Yudhoyono Teil der Regierungskoalition waren, ihre Unterstützung zu. Allerdings verliefen auch diese Koalitionsverhandlungen nicht widerspruchsfrei: Während der damalige Vorsitzende der PPP, Suryadharma Ali, beispielsweise von Anfang an für eine Koalition seiner Partei mit Prabowo plädierte, äußerte die Parteibasis lange Zeit Sympathien für Jokowi. Ob nach dessen Amtsantritt die PPP doch noch in sein Lager überwechseln würde, war bis zuletzt offen.

Im indonesischen Parteienspektrum werden ideologische und programmatische Überzeugungen schwächer, je näher der Griff nach politischer Macht rückt.

Auch Prabowo holte sich einen auf nationaler Ebene äußerst erfahrenen Politiker als Vize-Präsidentschaftskandidaten an die Seite. Hatta Rajasa, zuletzt koordinierender Minister für Wirtschaft und damit eine der Schlüsselpersonen in Yudhoyonos Kabinett, ist Vorsitzender der gemäßigt islamischen Partei PAN und blickt auf 13 Jahre Regierungsverantwortung in unterschiedlichen Positionen zurück. Er gilt als dezidierter Wirtschaftsfachmann und stellte dies unter Beweis, als er die von Prabowo im Wahlkampf propagierte Verstaatlichung des Bergbausektors kommentierte und darauf hinwies, dass es sich um langfristige Verträge mit internationalen Kooperationspartnern und Firmen handle, deren Aufkündigung für Indonesien gerichtliche Folgen haben könnte.

„HORSE TRADING“ VOR DER WAHL

Dass am Ende nur zwei Kandidatenduos zur Wahl stehen würden, war keineswegs von vornherein klar. GOLKAR, die ehemalige Staatspartei Suhartos und zentrale Säule seiner autoritären Herrschaft, ging aus den Parlamentswahlen im April mit fast 15 Prozent als zweitstärkste Kraft hervor. Entsprechend machtbewusst trat Parteichef Aburizal Bakrie, einer der reichsten Männer des Landes, auf. Allerdings waren seine Zustimmungswerte nie besonders hoch, parteiintern und in der Öffentlichkeit ist der ehemalige Minister umstritten. Bakrie hatte sich anfangs an die Regierungspartei Partai Demokrat (PD) gewandt und versucht, den PD-Politiker Pramono Eddie Wibowo als Vize zu gewinnen, um selbst als Präsident antreten zu können. Als ihm die PD eine Absage erteilte und sich – zumindest vorläufig – für Neutralität entschied, war klar, dass GOLKAR erstmals in der Geschichte keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen würde. Anschließend ging Bakrie auf die PDI-P zu und bot sich als Vize-Präsident für Jokowi an. Allerdings berichten Beobachter, er habe als Gegenleistung für seine Unterstützung zu viele politische und personelle Zugeständnisse von Parteichefin Megawati gefordert, sodass diese ihn nicht in ihre Koalitionsüberlegungen einbeziehen wollte.

Letztendlich war Bakrie bei GERINDRA erfolgreich. Prabowo versprach ihm im Falle eines Wahlsieges ein *Menteri Utama*, eine Art koordinierendes Ministeramt. Dies war insofern von Bedeutung, als Prabowo's Koalition mit Unterstützung

Bakries und GOLKAR auf nominell 49 Prozent der Parlamentssitze und damit die parlamentarische Mehrheit kommen würde. Bakries Suche nach Koalitionspartnern war aber selbst für die parteipolitisch traditionell

Einige prominente GOLKAR-Politiker nahmen von ihrem Vorsitzenden und dessen Unterstützung für Prabowo Abstand und machten sich stattdessen für Jokowi stark.

flexiblen GOLKAR-Mitglieder zu viel. Es folgten innerparteiliche Auseinandersetzungen, die darin gipfelten, dass einige prominente GOLKAR-Politiker von ihrem Vorsitzenden und dessen Unterstützung für Prabowo Abstand nahmen und sich für Jokowi stark machten. Als Jusuf Kalla, ehemaliger GOLKAR-Vorsitzender und noch immer eine Ikone der Partei, als Jokowi's Vize feststand, war der interne Bruch vollzogen. Bis zuletzt wurde darüber diskutiert, ob GOLKAR nach Jokowi's Amtsantritt nicht ebenfalls in sein Lager

wechsellernen könnte. Anfang 2015 soll nun ein Sonderpartei-tag abgehalten werden, auf dem Bakrie als Parteivorsitzender abgesetzt werden könnte. Dann bestünde die Möglichkeit eines Übertritts von GOLKAR ins Jokowi-Lager.

Eine besondere Rolle spielte auch die bisherige rechtsliberale und nationalistische Regierungspartei PD. Die von Yudhoyono gegründete Partei stellte seit 2004 die Regierung und verbuchte nach einer erfolgreichen ersten Legislaturperiode bei den Wahlen 2009 einen Erdrutschsieg. Fünf Jahre später war sie allerdings aufgrund massiver Korruptionsskandale im engsten Umfeld Yudhoyonos die große Verliererin der Wahlen und rutschte auf knapp zehn Prozent ab. Yudhoyono entschied sich trotz eines aufwendig inszenierten, internen Parteikonvents zur Kür eines Spitzenkandidaten angesichts niedriger Zustimmungswerte gegen einen eigenen Präsidentschaftskandidaten. Auch wollte er sich bis zuletzt nicht für die Unterstützung eines der beiden Lager aussprechen, sodass sich die PD bis kurz vor dem Wahltag für keines der beiden Lager einsetzte. Dann sagte sie in letzter Sekunde dem Prabowo-Lager ihre Unterstützung zu, allerdings ohne eine eigene Äußerung SBYs in diese Richtung. Ob die PD nach der Wahlniederlage Prabowos im alltäglichen Parlamentsbetrieb in der Opposition verharren wird, lässt sich noch nicht absehen. Ihre 61 Abgeordneten könnten dem künftigen Regierungschef Jokowi wertvolle parlamentarische Unterstützung geben. Dagegen sprächen lediglich die engen persönlichen Bande ins Prabowo-Lager, denn einer der Söhne Yudhoyonos ist mit der Tochter von Vize-Präsidentschaftskandidat Hatta Rajasa verheiratet.

DER FAKTOR ISLAM IM WAHLKAMPF

Indonesien ist das größte muslimische Land der Welt, 88 Prozent der rund 250 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam. Obwohl das Land keine islamische Staatsform besitzt, spielen die muslimische Religion, deren

Wert- und Moralvorstellungen sowie einzelne Rechtsvorschriften beispielsweise in Form von *bylaws* auf regionaler Ebene in der Politik eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Seit der *reformasi* genannten demokratischen Transition von 1998 und der Gründung zahlreicher Parteien fungieren

In Indonesien spielen die muslimische Religion, deren Wert- und Moralvorstellungen sowie einzelne Rechtsvorschriften in der Politik eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

zudem islamische Parteien in vielen Wahlen als Zünglein an der ausgefeilten indonesischen Koalitionswaage. Auch im Wahlkampf 2014 versuchten beide Spitzenkandidaten, sich die Unterstützung der verschiedenen Parteien des islamischen Blocks wie PKS, PPP, PAN und PKB zu sichern.

Noch stärker wirkt der Faktor Islam allerdings in der Gesellschaft selbst, gerade in West-Java, dem bevölkerungsreichsten und oftmals wahlentscheidenden Landesteil. Dementsprechend groß waren die Anstrengungen der Spitzenkandidaten, die jeweilige Zustimmung der konservativen muslimischen Wählerschichten zu erhöhen. Jokowi, der immer wieder als *abangan*, d.h. als nicht-strenggläubiger Muslim bezeichnet wird, traf sich bereits kurz nach den Parlamentswahlen mit Funktionären der Nahdatul Ulama (NU), der mit 40 Millionen Mitgliedern größten muslimischen Massenorganisation des Landes. Die Gespräche schienen sich wenig später bereits auszuzahlen, als die gemäßigte muslimische Partei PKB, die der NU nahesteht, ihre Unterstützung für Jokowi erklärte. Auch die Entscheidung für Jusuf Kalla als Vize dürfte nicht zuletzt vor dem Hintergrund des gewünschten Zugehens auf religiöse Wähler gefällt worden sein. Kalla ist in mehreren islamischen Verbänden engagiert und unter anderem Vorsitzender der indonesischen Moscheenvereinigung, er genießt vor allem bei gläubigen Muslimen auf dem Land hohe Wertschätzung.

Prabowo versuchte muslimische Wählerstimmen zu gewinnen, indem er die muslimischen Parteien PAN, PPP und PKS ins Boot holte.

Prabowo hatte ebenfalls die Mitglieder der muslimischen Massenorganisation NU im Blick, als er Mahfud MD, der lange Zeit als eigener Präsidentschaftskandidat der PKB bzw. Jokowi als Vize gehandelt wurde, zum Wahlkampfmanager ernannte. Als ehemaliger Vorsitzender des Verfassungsgerichts, Verteidigungsminister und Abgeordneter genießt Mahfud MD bei vielen Muslimen Indonesiens große Wertschätzung. Überdies versuchte Prabowo muslimische Wählerstimmen zu gewinnen, indem er die übrigen muslimischen Parteien PAN, PPP und PKS in sein Koalitionsboot holte. Dabei hinderte ihn nicht, dass er und seine Partei GERINDRA eher für Nationalismus und weniger für religiösen Wertebezug bekannt sind. Wenn es um politischen Einfluss und reale Machtoptionen geht, werden die ohnehin geringen ideologischen und programmatischen Unterschiede der Parteien oftmals zur Makulatur. (Selbst Jokowi,

der sich für eine Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverbrechen des indonesischen Militärs stark gemacht hatte, äußerte keine Einwände, als HANURA, die Partei des ehemaligen Armee-Chefs Wiranto, ihre Unterstützung für den Hoffnungsträger bekanntgab.)



Mit umfangreichen Reformen will Jokowi die soziale Ungleichheit im Land bekämpfen. Unter anderem plant er die Anhebung des Mindestlohns und die Einschränkung von Importen. So könne sich beispielsweise die heimische Lebensmittelindustrie verbessern. | Quelle: Joe Coyle, flickr ©📷📷.

Der gleiche machtpolitische Instinkt erklärt, weshalb sich Prabowo und Hatta im Wahlkampf nicht ausdrücklich von den Hardlinern der Front zur Verteidigung des Islams (Front Pembela Islam, FPI) und anderen gewaltbereiten Gruppen distanzieren. Den teilweise beachtlichen politischen und gesellschaftlichen Einfluss solcher immer wieder gewalttätigen Gruppierungen sollte man nutzen, so das Kalkül. Zwar machten weder Prabowo noch Hatta sich deren fundamentalistische Tendenzen zu eigen, ein Verzicht auf mögliche Wählerstimmen aus diesem Umfeld kam für sie aber auch nicht in Frage.

JOKO WIDODOS PROGRAMM: WIRTSCHAFTLICHER NATIONALISMUS, AUSSENPOLITISCHE KONTINUITÄT UND MENTALE REVOLUTION

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen die unterschiedlichen Persönlichkeiten der Präsidentschaftskandidaten. Nur vereinzelt kam es zur (meist oberflächlichen) Diskussion von Sachfragen, hauptsächlich zu den Themen Wirtschaft und Entwicklung. Jokowi, dessen Partei PDI-P als moderat links und zugleich nationalistisch gilt, leugnete nicht, dass er die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers Yudhoyono als zu „neoliberal“ einschätzt. Kritiker werfen dem scheidenden Staatschef vor, er habe das Land zwar in den Club der G20-Staaten geführt, gleichzeitig aber die Schere zwischen Arm und Reich erheblich vergrößert. Um die gestiegene soziale Ungleichheit zu bekämpfen, will Jokowi den Mindestlohn anheben.



Nach zwei Amtszeiten durfte Präsident Susilo Bambang Yudhoyono nicht mehr antreten. Er hat Indonesien in die G20 geführt, doch wichtige Reformen ließen auf sich warten. | Quelle: Dita Alangkara, Center for International Forestry (CIFOR), flickr .

Die Abhängigkeit Indonesiens vom Ausland müsse ebenfalls verringert werden; in der Lebensmittel- und Energieversorgung müssten Importe eingeschränkt und inländische Firmen unterstützt werden. So sollen bis spätestens 2018 Reis- und Weizenimporte überflüssig werden. Indonesische Öl- und Gas-Unternehmen sollen zusätzlich Anreize erhalten, um die heimische Energieproduktion voranzutreiben. Ausländische Firmen dürften nicht länger primär zur

Ausbeutung indonesischer Rohstoffe beitragen, sondern müssten verstärkt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze abzielen. Deshalb werde er das unter Yudhoyono beschlossene Exportverbot für unverarbeitete Rohstoffe aufrechterhalten. Damit könne ein erster Schritt hin zu einer verarbeitenden und produzierenden Industrie getan werden, um eine der größten Herausforderungen – die niedrige Wertschöpfungskette der indonesischen Wirtschaft – anzugehen. Alle diese Vorhaben haben auf den ersten Blick eine ausgesprochen protektionistische Komponente. Allerdings betonte Jokowi vor Vertretern ausländischer Investoren, er werde an einer Verbesserung des Investitionsklimas durch den Abbau bürokratischer Hürden arbeiten. Hinzu kommt, dass sich die protektionistischen und gegen das Ausland gewandten Aussagen Prabowos im Wahlkampf im Vergleich weit extremer ausnahmen.

Die staatlichen Subventionen des Benzinpreises hatten in den letzten Jahren den Staatshaushalt stark belastet. Jokowi hat angekündigt, die Zuschüsse über einen Zeitraum von fünf Jahren graduell zu verringern. Damit ließen sich jährlich 30 Milliarden US-Dollar einsparen, die in die Verbesserung der maroden Infrastruktur und den Bau neuer Straßen, Flughäfen und Häfen fließen sollen. 2.000 Straßenkilometer, zehn neue Flughäfen und zehn neue Seehäfen sollen so entstehen. In den Bereichen Bildung und Gesundheit blieb Jokowi den aus seiner bisherigen politischen Tätigkeit bekannten Grundideen treu. Alle Indonesier sollten die Möglichkeit auf eine staatlich finanzierte, zwölfjährige Schulausbildung erhalten (*Indonesia Pintar*, „Schlaues Indonesien“). Vor dem Hintergrund des Verfalls moralischer Werte, so Jokowi und sein Wahlkampfteam, sollen zukünftig Staatsbürgerkunde, Geschichte, Patriotismus und Charakterbildung stärker unterrichtet werden. Für die Gesundheitsversorgung sollte ebenfalls der Staat aufkommen und jedem Zugang zu ärztlichen Leistungen garantieren (*Indonesia Sehat*, „Gesundes Indonesien“). Bereits während seiner Amtszeit als Gouverneur von Jakarta hatte Jokowi eine kostenlose Krankenversicherung für Bedürftige eingeführt.

Vor dem Hintergrund des Verfalls moralischer Werte sollen zukünftig Staatsbürgerkunde, Geschichte, Patriotismus und Charakterbildung stärker unterrichtet werden.

Reformieren will der künftige Präsident ferner die Bereiche Rechtsstaat und Bürokratie, wo zukünftig strengere Qualitätskriterien bei der Personalauswahl gelten und öffentliche Dienstleistungen verbessert werden sollen. Religiöse Intoleranz soll bekämpft, der Minderheitenschutz soll ausgebaut werden. Außerdem setzt er sich für die Aufarbeitung von Menschenrechtsverstößen sowie eine umfassende Vergangenheitsbewältigung ein. So sind Untersuchungen der Unruhen im Mai 1998 und des Verschwindens mehrerer Studenten vorgesehen. Dazu zählen ferner die bislang nie nachhaltig aufgearbeiteten Ereignisse von 1965, als mehrere 100.000 Kommunisten oder vermeintliche Kommunisten ermordet wurden. Hierzu soll eine Commission on Truth and Reconciliation die Arbeit aufnehmen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik seines Vorgängers will Jokowi offenbar fortsetzen. Er scheint für eine starke und konstruktive Rolle Indonesiens in der ASEAN sowie in regionalen und globalen Foren zu stehen. Er kündigte an, die Zusammenarbeit etwa mit Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds fortzuführen, die Herausforderer Prabowo zurückfahren wollte. Indonesien soll ferner zu einer

Angesichts des sich abzeichnenden Rüstungswettlaufs in Südostasien ist die beabsichtigte Anhebung der Militärausgaben Indonesiens keine Überraschung.

Seemacht ausgebaut werden, das Archipel ist laut Jokowi hierzu prädestiniert. Beabsichtigt ist schließlich auch die Anhebung der Militärausgaben auf 1,5 Prozent des BIP in den kommenden fünf Jahren. Angesichts des

sich abzeichnenden Rüstungswettlaufs in Südostasien ist das keine Überraschung. Bereits unter Yudhoyono wurden Schritte zu einer umfangreichen Erneuerung der Streitkräfte eingeleitet und dazu Rüstungsgüter aus dem Ausland (auch aus Deutschland) gekauft.

Im Wahlkampf versprach Jokowi nicht nur wirtschafts- und sozialpolitische Programme, sondern propagierte auch eine geistig-moralische Wende. Teil seiner Agenda war ein Manifest, das zu einer „mentalen Revolution“ (*revolusi mental*) und einem Umdenken in den Köpfen der Menschen aufrief. Er lobte die vielen Reformen der letzten 16 Jahren und die Errungenschaften im Zusammenhang mit der demokratischen Verfassung inklusive freier und gleicher Wahlen sowie die fortschreitende regionale Autonomie und Dezentralisierung. Gleichzeitig betonte er, alle demokratischen, rechtsstaatlichen und zivilen Errungenschaften seit

der *reformasi* blieben begrenzt, wenn nicht „mentale Reformen“ in den Köpfen der Menschen stattfänden. Problematische Angelegenheiten wie Korruption, Intoleranz und Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien dürfen nicht weiter ignoriert werden. Er selbst werde den ersten Schritt tun, damit die politischen und staatlichen Entscheidungsträger des Landes ab sofort verlässlich, verantwortungsbewusst und unbestechlich arbeiten. Den Anfang soll die Besetzung hoher politischer und öffentlicher Ämter anhand von Kompetenz und Qualifikation machen.

Korruption, Intoleranz und Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien dürfen nicht weiter ignoriert werden. Entscheidungsträger müssen verantwortungsbewusst und unbestechlich arbeiten.

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Der Aufstieg Jokowi und dessen für Indonesien ungewöhnliche politische Vita dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele seiner politischen Empfehlungen, Vorhaben und Pläne nicht gänzlich neu oder gar revolutionär sind. Seit seiner Unabhängigkeit schwankte das Land stets zwischen sozialistisch-protektionistischen und marktliberalen Politikentwürfen. Während Staatsgründer Sukarno zu den Initiatoren der „Bewegung der Blockfreien Staaten“ gehörte und gleichzeitig eine sozialistische Wirtschaftspolitik beispielsweise im Bereich Landreform verfolgte, orientierte sich sein Nachfolger Suharto – zumindest wirtschaftspolitisch – enger an den USA und den Westen. Unter Yudhoyono schließlich öffnete sich das Inselreich besonders weit für ausländische Investitionen, Privatisierung und marktwirtschaftliche Reformen. Jokowi Politik der gemäßigten Beschränkung ausländischer Einflussnahme auf wichtige Wirtschaftszweige gleicht also eher einer Rückbesinnung auf Altbekanntes als einer völlig neuen politischen Idee.

Selbst im Vergleich mit seinem Kontrahenten wirkten Jokowi Ideen nicht immer konträr. Obwohl ihre Persönlichkeiten nicht ungleicher hätten sein können, unterschieden sich die Ideen und Konzepte Jokowi und Prabowo oftmals nur geringfügig. Beide versuchten zunächst, sich im Wahlkampf als legitime Nachfolger des Staatsgründers Sukarno darzustellen und die große Sehnsucht der Bevölkerung nach einem neuen Nationalbewusstsein zu befriedigen. Während Jokowi Kandidatur öffentlichkeitswirksam in der Nähe des Geburtsorts von Sukarno bekanntgegeben

wurde, nutzte Prabowo viele prestigeträchtige Symbole der Unabhängigkeit sowie die Sukarno- und Indonesientypischen Farben weiß und rot. Sein Lösungsvorschlag für wichtige Fragen wie die Lebensmittel- und Energieversorgung war der Aufkauf gigantischer Landflächen, die den Indonesiern zur freien Verfügung gestellt werden sollten. Insgesamt sind seine wirtschaftspolitischen Ideen, von ihm als *ekonomi kerakyatan* (*people's economy*) bezeichnet, nicht weit von derjenigen Jokowi entfernt. Er bezog sich explizit auf nationalistische Experimente der Sukarno-Zeit, die unter Artikel 33 der Verfassung von 1945 verwirklicht wurden. Danach soll die Wirtschaft nach einem Kooperationsprinzip organisiert werden und der Staat soll die wichtigsten Industrien führen. Bereits im Parlamentswahlkampf erregte der Ex-General wiederholt mit protektionistisch-nationalistischen Aussagen Aufmerksamkeit. Der Einfluss internationaler Unternehmen und die damit einhergehende Ausbeutung Indonesiens müsse unbedingt gestoppt werden, so Prabowo. Auch die Zielgruppe teilte er sich mit Jokowi: vor allem „kleine Leuten“, die sich nach der institutionellen und demokratischen Stagnation unter Yudhoyono eine signifikante Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse wünschen.

Bei der Personalauswahl geht Jokowi nicht gänzlich neue Wege. Prabowo und Hatta beriefen aufgrund der schier GröÙe ihrer Sechs-Parteien-Koalition zwar fast ausschließlich bekannte Köpfe der beteiligten Parteien sowie zahlreiche Angehörige aus dem Sicherheitsapparat in ihr Wahlkampfteam. Allerdings berücksichtigte auch Jokowi, der

Interessant wird sein, ob Jokowi bei der Ressortverteilung seiner Aussage treu bleibt und Ministerämter nicht nach Parteiproporz, sondern anhand fachlicher Eignung besetzen wird.

im Wahlkampf betont hatte, wichtige Ämter nicht anhand des Parteibuchs besetzen zu wollen, Parteifunktionäre der PDI-P, HANURA und PKB. Gleichzeitig holte er unverbrauchte Persönlichkeiten in sein Team, unter ihnen etwa Anies Baswedan, Bildungsexperte und

Rektor der angesehenen Privatuniversität Paramadina, sowie Rizal Sukma, Exekutivdirektor des Think Tanks CSIS und einer der profiliertesten Außen- und Sicherheitspolitikexperten des Landes. Interessant wird sein, ob Jokowi bei der Ressortverteilung seiner Wahlkampfaussage treu bleiben und Ministerämter nicht nach Parteiproporz, sondern anhand fachlicher Eignung besetzen wird. Auch seine Forderungen nach einer Erneuerung der politischen Kultur

klingen bekannt. Die Themen Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und Korruptionsbekämpfung stoßen in der Bevölkerung traditionell auf große Zustimmung, werfen aber immer auch die Frage nach deren Realisierbarkeit auf.

AUSBLICK: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Trotz des von vielen ersehnten Sieges des politischen Antityps Jokowi ist keineswegs sicher, dass sich die mit seiner Präsidentschaft verbundenen Hoffnungen der Bevölkerung auf einen tief greifenden Wandel der politischen Kultur und eine substantielle Weiterentwicklung der indonesischen Demokratisierung mittel- bis langfristig in allen Bereichen erfüllen werden. Die *reformasi*-Zeit war nach der Suharto-Ära 1998 der Auftakt für eine weitreichende Demokratisierung, Dezentralisierung sowie viele zivilgesellschaftliche Freiheiten. In den letzten Jahren ist die positive Entwicklung nach Meinung vieler Bürger ins Stocken geraten. Die Korruptionsbekämpfung kommt trotz einiger spektakulärer Erfolge nicht ausreichend voran, die unvollständige Dezentralisierung zeigt ihre Schattenseiten und die Durchsetzung rechtsstaatlicher Standards erfolgt oftmals nur halbherzig. Hinzu kommt das öffentliche Ansehen der politischen Klasse, das nach zahlreichen Korruptions- und Machtmissbrauchsfällen auf einen neuen Tiefpunkt zusteuert. All diese Entwicklungen haben den Wahlsieg Joko Widodos maßgeblich ermöglicht, der mittel- und langfristige Erfolg des neuen Präsidenten bleibt indes abzuwarten.

Die Korruptionsbekämpfung kommt trotz einiger spektakulärer Erfolge nicht ausreichend voran und die Durchsetzung rechtsstaatlicher Standards erfolgt oftmals nur halbherzig.

Zur Durchsetzung des ambitionierten Reformkurses bedarf es zuallererst parlamentarischer und innerparteilicher Macht. Beides hat Jokowi bislang nur bedingt. Seine aktuell vier Parteien umfassende Koalition verfügt über lediglich knapp 40 Prozent der Sitze im Parlament, was für alle politischen Vorhaben neue Mehrheiten erfordert. Darüber hinaus kann die Prabowo-Koalition die Regierung mit eigenen politischen Projekten angreifen bzw. ihren demokratischen Reformkurs torpedieren. Dies zeigte sich in dramatischer Weise bereits rund vier Wochen vor Jokowi's Amtseinführung. Am 26. September billigte das Nationalparlament ein zwischen beiden Lagern stark umstrittenes Gesetz, das die

direkte Wahl von Bürgermeistern, Distriktvorstehern und Provinzgouverneuren abschafft. Diese sollen in Zukunft wieder – wie zu Zeiten von Suhartos New Order-Regime – von den jeweiligen Lokal- und Regionalparlamenten (bzw. den dort vertretenen Parteien) bestimmt werden. Jokowi hatte sich deutlich für die Beibehaltung von Direktwahlen ausgesprochen, ihm folgten nur 135 der 560 Abgeordneten.

Prabowo und seinem Lager gelang damit eine Machtdemonstration. Die Direktwahlen wurden 2004 eingeführt und stets als wichtige demokratische Errungenschaft der *Post-Reformasi*-Ära gefeiert. Im selben Jahr wurde mit Yudhoyono erstmals ein Staatspräsident direkt gewählt. Jokowi musste eine deutliche Niederlage einstecken, noch bevor er den Präsidentenpalast bezog. Die Schuld hieran wird vor allem (dem am 26. September noch amtierenden Staatspräsidenten) Yudhoyono zugewiesen, dessen Partai Demokrat sich vor der Abstimmung ebenfalls klar gegen die Gesetzesvorlage positioniert hatte. Am Abstimmungstag hielt sich der Parteichef jedoch anlässlich der VN-Vollversammlung in New York auf. Wegen Unstimmig-

Zu befürchten ist, dass die jetzt vorherrschende Konstellation des geteilten Regierens einen weiteren Abbau demokratischer Errungenschaften nach sich zieht.

keiten zu Detailfragen der Gesetzesvorlage verließen die PD-Abgeordneten – offenbar entgegen Yudhoyonos Anweisung – vor der Abstimmung das Parlament, weshalb das Prabowo-Lager diese gewann. Zu befürchten ist, dass die jetzt vorherrschende Konstellation des geteilten Regierens – einerseits die Mehrheit Jokowi in der Exekutive, andererseits die Mehrheit Prabowos in der Legislative – in Zukunft ähnliche Ereignisse hervorbringen und einen weiteren Abbau demokratischer Errungenschaften nach sich zieht. Dies könnte bis hin zur Abschaffung der direkten Wahl des Staatspräsidenten gehen, ohne die ein Newcomer wie Jokowi niemals ins Amt gekommen wäre. Für ihn bleibt deshalb zu hoffen, dass sich insbesondere PD und GOLKAR am Ende doch noch in sein Lager schlagen werden. Staatspräsident Yudhoyono von der PD hatte sich hier zuletzt nicht eindeutig verhalten, und GOLKAR steht vor einem Sonderparteitag.

Jokowi hat mit Jusuf Kalla auf nationaler Ebene einen klugen politischen Kopf, ehemaligen Vize-Präsidenten, Minister und Vermittler zur Seite. Wie schwierig die parlamenta-

rische Durchsetzung politischer Vorhaben sein kann, zeigte die zweite Amtszeit von SBY, als dieser in einer Sechs-Parteien-Koalition jedes Mal mühsam um Zustimmung ringen musste. Prabowo ließ bereits mitteilen, dass die künftige Opposition im Parlament *alle* Vorhaben der neuen Regierung blockieren werde. Doch auf Jokowi dürften auch innerhalb seiner PDI-P Herausforderungen warten. Die starke Frau im Hintergrund ist und bleibt Parteichefin Megawati Sukarnoputri, sie ist die Königmacherin, die Jokowi erst – und nach einigem Zaudern – auf den Kandidatenstuhl setzte. Kritiker behaupten deshalb, dieser werde nur so stark sein, wie Megawati es für richtig erachte. Über ihren Reformwillen ist allerdings wenig bekannt.



Königmacherin: Die ehemalige Präsidentin und jetzige Parteichefin der PDI-P, Megawati Sukarnoputri, ernannte Jokowi kurz vor den Parlamentswahlen zum Spitzenkandidaten der Partei. Sie hat weiterhin großen Einfluss auf die Politikgestaltung. | Quelle: © KAS Indonesien.

Hinzu kommt, dass Jokowi weder Präsidiumsmitglied noch Vorsitzender eines einflussreichen Provinzverbandes oder einer anderen Parteiorganisation ist. Diese fehlende Machtbasis könnte in den kommenden fünf Jahren seiner Amtszeit zu einer ernststen Herausforderung werden. Ohne absolute Loyalität seiner Partei, einem bedingungslosen Rückhalt der Verbände im ganzen Land und ohne politische Netzwerke aller Art scheinen die Durchsetzung seiner Reformagenda, die Einführung eines neuen Politikstils und die Lösung nationaler Herausforderungen keineswegs gesichert. Dass Jokowi's Unterstützung in der PDI-P nicht grenzenlos ist, haben bereits die Parlamentswahlen vom

April gezeigt. Analysten waren im Vorfeld von einem Wahlsieg der Partei mit mindestens 25 Prozent ausgegangen, erreicht wurde aber nur ein knappes Fünftel der Stimmen. Grund dafür war nicht zuletzt, dass einige Kader nicht mit ihrem prominenten Spitzenkandidaten werben wollten. Dieses machtpolitische Defizit wird auch die im Übrigen durchaus kluge Ergänzung Jusuf Kalla nicht ausgleichen können. Er selbst hat durch seine Kandidatur als Vize-Präsident seine Partei GOLKAR gespalten; uneingeschränkter Rückhalt in der Partei genießt auch er nicht mehr.

Das gesellschaftlich, ethnisch und politisch komplexe und geografisch zerklüftete Indonesien lässt sich nicht wie die Provinzstadt Solo oder die Hauptstadt Jakarta regieren.

Abgesehen davon dürfte Jokowi bei all seinen visionären Ideen von einer „mentalen Revolution“ des Landes vor allem sich selbst neu erfinden müssen. Das riesige, gesellschaft-

lich, ethnisch sowie politisch komplexe und geografisch zerklüftete Indonesien lässt sich nicht wie die Provinzstadt Solo oder die Hauptstadt Jakarta regieren. Die so genannten *blusukan*, unangekündigte Besuche bei den Menschen und ihren Problemen vor Ort, die ihn besonders als Gouverneur von Jakarta auszeichneten und beliebt machten, werden bei einem 17.000 Inseln umfassenden Land mit drei Zeitzonen und schwer zugänglichen Regionen nicht möglich sein. Wenn er die große Wandlungsbereitschaft, die er von der Bevölkerung erwartet, nicht selbst vorleben kann, könnte früher oder später seine Glaubwürdigkeit darunter leiden.

Abzuwarten bleibt zudem, ob Jokowis oftmals provisorisch wirkende Ideen in umsetzbare Konzepte münden und damit zu einer Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Situation beitragen können. Im Zusammenhang mit seiner Forderung nach einer geistig-moralischen Wende und der Verbesserung des Bildungssystems forderte er etwa, in den Grundschulen müsse größerer Wert auf Charakterbildung gelegt werden, und kündigte gleichzeitig an, 80 Prozent der Zeit für die Ausbildung der Persönlichkeit der Schüler und lediglich 20 Prozent für inhaltliche Fächer wie Naturwissenschaften verwenden zu wollen. Angesichts der zahlreichen bildungspolitischen Herausforderungen wie der hohen Anzahl unzureichend ausgebildeter und schlecht bezahlter Lehrer sowie veralteter Unterrichtsmethoden stellt sich die Frage, ob Charakterbildung das geeignete Mittel ist, damit Indonesien bei zukünftigen

PISA-Tests der OECD im Bereich Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften nicht erneut am Ende der 65 untersuchten Länder steht. Dabei wird das Thema Bildung in den kommenden Jahren an Brisanz gewinnen, wenn 2015 in der ASEAN ein gemeinsamer Binnenmarkt entsteht, umfangreiche Freizügigkeit für Arbeitnehmer herrscht und der indonesische Arbeitsmarkt mit qualifizierten Arbeitnehmern benachbarter Staaten konfrontiert wird.

Sollte Jokowi seine wirtschaftspolitischen Ankündigungen umsetzen, hat dies auch Implikationen für die Zusammenarbeit mit der EU und Deutschland. Indonesien ist unter Yudhoyono in den Kreis der G20-Staaten aufgestiegen. Für die stetig wachsende, kauf- und konsumorientierte Mittelschicht spielt der Import ausländischer Produkte eine zunehmend große Rolle. Innerhalb der EU ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Indonesiens. Bei einer womöglich eher protektionistischen Wirtschaftspolitik wäre unsicher, ob sich die beidseitigen ökonomischen Beziehungen weiter positiv entwickeln können.

Ungeachtet all dieser Herausforderungen besteht die Hoffnung, dass sich das *Jokowimentum* tatsächlich aufrechterhalten lässt und in eine Politik mündet, die Indonesien in den nächsten Jahren weitere wichtige Schritte gehen lässt. Seit dem Beginn der Demokratisierung 1998 waren die Aufbruch- und Wechselstimmung und das Verlangen nach einem politischen und gesellschaftlichen Wandel nie so virulent wie heute. Die Tatsache, dass nach den Parlamentswahlen im April knapp 60 Prozent der Abgeordneten dem Nationalparlament neu angehören, lässt hoffen, dass die Wende hin zu einer neuen politischen Kultur auch von einer breiteren Basis politischer Entscheidungsträger getragen wird. Hinzu kommt, dass Indonesien – gemessen an der Bevölkerungsstruktur – ein sehr junges Land ist. Knapp 30 Prozent der Wähler bei den Parlamentswahlen waren jünger als 30 Jahre. Besonders in dieser Altersgruppe genießt Jokowi großen Rückhalt. Beides zusammen – die junge Bevölkerung sowie deren Unterstützung – könnte eine wichtige Voraussetzung dafür sein, dass Jokowi und seinen Ideen die Zukunft des Landes gehört.

Das Manuskript wurde am 30. September 2014 abgeschlossen. Der Autor dankt Herrn Philipp Müller für die Mitarbeit.